

Rhein-Zeitung vom 18.05.2009

Ausländerbeiräte wollen Kommunalwahlrecht für alle

Sie fordern von der Politik: Wer hier Steuern zahlt, muss auch wählen dürfen - Informationsstand zum Thema am 23. Mai

KREIS NEUWIED. Welche Partei im Kreis würde bei den Kommunalwahlen nicht gerne auf eine stille Reserve von knapp 10 000 potenziellen Wählern zurückgreifen? Wohl jede. Doch das ist hier unmöglich. Der Grund: Das aktive und passive Wahlrecht besitzen hierzulande neben deutschen Staatsbürgern nur noch Angehörige aus EU-Staaten. Die vielen hier lebenden Angehörigen sogenannter Drittstaaten bleiben von Wahlen ausgeschlossen.

Ein unhaltbarer Zustand, meinen Vertreter der Ausländerbeiräte in Kreis und Stadt. Cäcilie Krobbach, Beiratsvorsitzende des Kreises, und Nezahat Tiril, ihre Amtskollegin aus der Stadt, fordern daher das Kommunalwahlrecht für alle. "Zwei Drittel der hier lebenden Ausländer sind von den Wahlen ausgeschlossen", sagt die Niederländerin Krobbach. Und so von einem demokratischen Recht und der gleichberechtigten Teilhabe der politischen Willensbildung. Um die Sachlage zu verdeutlichen, richten die Ausländerbeiräte am Samstag, 23. Mai, einen Stand auf dem Luisenplatz ein. Ganz bewusst, um auch mit den politischen Parteien, die dann dort um Wählerstimmen werben, zu diskutieren.

"Wie kann es sein, dass Menschen, die hier Steuern bezahlen, nicht über ihr direktes Lebensumfeld mitbestimmen können?", fragt auch Cataldo Spitale. Der Italiener kämpft seit Jahrzehnten in diversen Ausschüssen für Migrantenrechte. "Wie kann es sein, dass Leute, die hier Firmen gegründet und Arbeitsplätze auch für Deutsche geschaffen haben, nicht in Räten sitzen können, die beispielsweise über Flächennutzungspläne abstimmen?", möchte die Türkin Tiril wissen. Krobbach bringt es auf den Punkt: "So schafft man verschiedene Klassen von Ausländern, teilt sie ein in diejenigen, die wählen dürfen, und diejenigen, die das nicht dürfen." Damit verhindere man die Integration.

16 Länder Europas haben das kommunale Wahlrecht für alle Ausländer eingeführt. Krobbach weist auf Rotterdam hin, wo der Bürgermeister einen tunesischen Pass hat. In Deutschland habe sich hingegen seit über 20 Jahren nichts bewegt. "Wovor haben die Leute Angst?", fragt sie. Und ist selbstkritisch: "Bisher haben wir Widerstand und Desinteresse der Politik unterschätzt. Wir müssen vehementer die Trommel fürs kommunale Wahlrecht rühren."

In Deutschland setze man auf Integration durch Einbürgerung, meinen die Ausländerbeiräte. Doch die Raten gehen zurück, vor allem seit mit dem Einbürgerungstest eine weitere Hürde aufgebaut worden sei. "Ein Passwechsel zeigt nicht an, ob man integriert ist oder nicht", gibt Krobbach zu bedenken. Ein Sprachtest sei in Ordnung fügt Tiril an, anderes wie die verlangten geografischen Kenntnisse sei übertrieben. Spitale fordert die Parteien auf, ihre Listen zumindest EU-Bürgern weiter zu öffnen. Zu häufig landeten interessierte Ausländer nur auf hinteren Plätzen. "Damit steigert man nicht deren Motivation", meint Spitale. Viel Hoffnung setzen die Beiräte auf eine Änderung im Gesetz. Wenn Ende November neue Ausländergremien gewählt werden, können sich erstmals auch Deutsche auf die Listen setzen lassen. Krobbach, Tiril und Spitale erhoffen sich davon eine engere Vernetzung zwischen Migranten und Einheimischen. "Das könnte einen Durchbruch geben", meint das Trio. Tiril wählt eine poetische Beschreibung, um das kommunale Wahlrecht als wichtigen Bestandteil der Integration zu definieren: "Wenn ich in einem Garten mitarbeiten kann, habe ich Interesse daran, ihn schön zu halten." **Frank Blum**